

# Dresdner Volkszeitung

Postleitkonto: Leipzig. Niedersächsische Post, Nr. 20612. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Bankkonto: Gehr. Kruse, Dresden.

Abohnenpreis mit der täglichen Unterhaltungszeitung Leben, Wissen, Kunst, einförmlich 10 Pf. monatlich 1.50 R. Durch die Post bezogen zweimal täglich 4.50 R., unter Kreispost für Deutschland und Österreich-Ungarn R. 7.10. Erhältlich täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitungsbüro 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zeitungsbüro 10. Tel. 25261. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Abos werden die Tageszeitung mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Verbindungen. Abos müssen bis spätestens 1. J. Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 294.

Dresden, Mittwoch den 18. Dezember 1918.

29. Jahrg.

## Willkommen, Soldaten der Republik!

Endlich schlägt die Stunde, der ihr euch vier lange, schwerre Jahre entgegengeföhnt habt. Vier lange Jahre erfüllten eure Sehnsucht und Hoffnung in immer furchtbaren Schlachten. Nun endlich sehet ihr für immer in die Heimat zurück. Frauen und Kinder, Väter und Mütter warten auf euch. Und mit ihnen begleitet euch das ganze deutsche Volk in der Heimat, die ihr vier Jahre lang gegen eine erdrückende Übermacht verteidigt habt.

Ihr habt gekämpft, habt Trost und Hype, Hunger und Entbehrungen, habt alle Schrecken der Schlachtfelder ertragen. Euch dankt es die deutsche Heimat, wenn sie vor den Verherrungen dieses schrecklichen Krieges verschont blieb. Ihr habt geleistet, was übermenschlich schien. Ihr habt auf den Schlachtfeldern gesiegt, auf denen der Krieg am furchtbartesten wütete. Und wie auch die Weltgesichter über diesen Krieg urteilen wird — nie wird sie ohne tiefe Achtung der ungänglichen Opfer gedenken können, die ihr auf euch genommen habt, nie wird sie euren Leistungen die Bewunderung versagen können, nie wird sie euch vergessen können, euch, die ihr den Krieg nicht gewollt, euch, die ihr alle seine Schrecken bis zum letzten Tage ertragen habt.

Aber alle eure Opfer haben nicht verhindern können, daß Deutschland diesen Schrecken aller Kriege verloren hat. Das ist nicht eure Schuld. Und nicht ihr sollt die Verantwortlichen. Die Schuldigen sind jene Machthaber, die gemeinsam mit den Kriegstreibern des Auslandes die Welt in diesen blutigen Wahnsinn getrieben haben. Die Revolution hat diese Machthaber in Deutschland gestürzt. Sie sind die Besiegten. Und sie müssen die Besiegten bleiben! Alle Opfer, die ihr gebracht habt, die das deutsche Volk gebracht hat, waren unumstößlich, wenn diese Gewalten wieder aus Ruhm kämen. Das darf nicht geschehen! Vergesst nicht, daß sie die Schuldigen an allen Opfern sind, die ihr gebracht habt! Und sie sind die Schuldigen an all den Leidern, die das deutsche Volk jetzt noch zu ertragen hat.

Aber — so hart es liegt, es muss gelagert werden — auch das deutsche Volk selbst trägt einen Teil der Schuld daran, daß es soweit gekommen ist. Ein großer Teil des Volkes wenigstens hat Jahrzehnte lang alle Warnungen in den Wind geschlagen. Die Indifferenzen, die Gleichgültigen, die Teilnahmslosen, alle die, die da glaubten, Politik gehe sie nichts an, aber auch jene blinden Käüber, die sich bei allen Wahlen ihre Meister selber wählten — sie alle sind mit schuldig daran, daß die verderblichen Gewalten solange zum schwefeligen Schaden des Volkes herütkommen konnten. Und wenn das deutsche Volk von neuem in seinen alten Fehler der Teilnahmlosigkeit und Gleichgültigkeit verfallen würde, wenn es, nachdem es kaum erwacht, von neuem einschlafen würde, so würde es eines Tages wieder die Hautf der alten Gewalt im gebengten Norden wären. Darum: Seid auf der Hut!

In den nächsten Wochen werdet auch ihr an die Wahlurne treten. Als der Krieg ausbrach, zählte man euch noch nicht mit. Die gesetzten Gewalten hielten euch für reif genug, für das Vaterland zu kämpfen, für das Vaterland zu sterben.

Aber sie hielten euch, hielten das ganze deutsche Volk nicht für reif genug, zu entscheiden, ob ihr kämpfen, ob ihr für das Vaterland sterben wolltet. Ihr durftet Steuern zahlen, aber ihr durftet noch nicht mitbestimmen, wofür diese Mittel, die ihr mit eurer Hände Arbeit verdient, verwendet werden sollen. Die Revolution hat euch dieses Recht kämpft. Halte es fest! Seid euch darüber klar, daß es eindeutig des Volkes, Feinde der Freiheit, Feinde der Revolution sind, die die Macht der gesetzten Gewalten wieder aufrichten wollen.

Darum: Lasset euch nicht für die Gegenrevolution einzutragen! Werdet nicht zu Verrätern an eurem Volke, an euren Kameraden und Arbeitsbrüdern, an euren Frauen und Kindern, an euch selbst!

Aber noch andre Gefahren bedrohen die Heimat. Diese Gefahren heißen Hungersnot und Arbeitslosigkeit. Brot und Arbeit, Wohnung und Kleidung, die ihr jetzt so nötig braucht, die ihr braucht für euch, für eure Frauen und Kinder, können nur bestellt werden, wenn das deutsche Volk auch in dieser schwersten Stunde Ruhe und Ordnung bewahrt. Darum lasst euch nicht von Quermeilern verlocken, die sich Kommunisten und Spartakisten nennen und die euch sagen, daß man nun in Deutschland alles von oben nach unten lehren müsse, ehe es besser werden könnte.

Seid euch darüber klar, daß die deutsche Arbeiterschaft in diesen schweren Tagen vor allem einig sein muß. Dann

wird sie auch in der kommenden Nationalversammlung die Macht haben, die nötig ist, um ihre Forderungen durchzuführen. Seid einig und tretet allorten ein für die Einigkeit der Arbeiterschaft, die allein den Erfolg der Revolution verbürgt.

Werbt unter euren Kameraden sozialdemokratische Wähler für die Nationalversammlung. Lest die sozialdemokratischen Zeitungen und sorgt für ihre Verbreitung. Werdet Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, noch ehe ihr den Wahlknoten auszieht. Ihr habt das Recht dazu. Die Sozialdemokratische Partei ist die Front, die für eure Interessen kämpft, die euch Arbeit und Brot, Wohnung und Kleidung verschaffen will. Aber ihr müßt ihr helfen. Es genügt nicht, ihren Zielen zuzustimmen. Ihr alle müßt Mitglieder dieser Partei werden. Tretet sofort in eure Gewerkschaften ein.

Nur wenn auch der letzte Arbeiter gewerkschaftlich organisiert ist, haben die Gewerkschaften die Macht, eure Forderungen durchzusetzen.

Die sozialdemokratischen Zeitungen, die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften vertreten eure Interessen. Darum helft ihnen und werbt für sie!

den, nachdem der alte Staat euch so lange wie Kinder, wie Unmündige behandelt hat. Jetzt kommt ihr mitwirken am öffentlichen Leben, nicht mehr nur als Zuschauer wie bisher, sondern Schüler an Schüler mit dem Mann. Ihr könnt und müßt hoffen, auf den Trümmern der Vergangenheit eine glückliche Zukunft aufzubauen! Dazu ist es nötig, daß ihr regen teilnehmt am öffentlichen Leben, daß ihr jede Gelegenheit ergreift, durch Lesen der Presse, durch Besuch der Versammlungen, durch Meinungs austausch mit Männern und Frauen euch über alles zu unterrichten. Dazu gehört auch, daß ihr Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei werdet, die von jeher für eure Rechte eingetreten ist!

Hoch Reid und Zwieträger waren bisher die Reitmotiv der innen und äußeren Politik. Wer hätte mehr unter dem Produkt dieser Politik, dem mehr als vierjährigen Kriegen gelitten als ihr Frauen? So mancher liebe Mensch, wenn nicht gar der liebste, den ihr habt, ist euch geraubt worden, eure Kinder müßt ihr trören, hungrig lassen! Jetzt gilt es eine Brücke zu schlagen über die Blut von Hoch, die sich zwischen die Völker geworfen hat, eine Brücke der Versöhnung von Mensch zu Mensch, von Volk zu Volk! Daraus müßt ihr hoffen, ihr Frauen seid dazu berufen, daß die Politik, an der bisher soviel Schaden haftete, zu einer Religion der Mühsaliebe werde!

Luise Schröder, Altona.

### Tretet euch eurer Freiheit, ihr Frauen und Mädchen.

Im neuen Deutschland seid ihr vollgültige Mitglieder der menschlichen Gesellschaft, gleichberechtigte Bürger gewor-

## Stürme im Rätekongress.

Zu wilden Szenen ist es gestern in dem Kongress der A.- und S.-Räte gekommen. Nicht nur, daß infolge der Gegenäufe zwischen den Kongressdelegierten lebhafte Auseinandersetzungen entstanden, sondern Herr Barth hielt es auch für geboten, in aller Offenheitlichkeit gegen seine Kollegen in der Regierung Stellung zu nehmen. Schließlich sind Soldaten in die Sitzung eingedrungen, was zu neuen Lärmen und zur Verlagerung führte.

Es ist ein wenig erbäuliches Schauspiel, das dem deutschen Volke in Berlin geboten wird. Man kann nur wünschen, daß die Regierung sehr energische Maßnahmen ergreift, um den Kongress wenigstens vor Störungen von außen zu sichern. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes steht hinter der Regierung und wünscht, daß der Kongress seine Verhandlungen zu einem geordnetlichen Ende führen kann. Nur eine kleine Minderheit von hysterischen Radikalen sucht mit allen Mitteln zu verhindern, daß in Deutschland Ordnung geschaffen wird. So wie bisher kann es nicht weitergehen. Die Regierung hat, wenn sie will, die Machtmittel in der Hand, die Tagung des Kongresses vor jeder Störung von außen zu sichern, und es muß verlangt werden, daß sie von diesen Machtmitteln Gebrauch macht. Der großen Gefahren entstehen für die Errungenschaften der Revolution, wenn man die Dinge so weiter läuft wie bisher.

Um die letzten Wahlergebnisse in Mecklenburg und Anhalt gezeigt, hat das deutsche Volk zur Sozialdemokratie sehr großes Vertrauen, aber es besteht die Gefahr, daß dieses Vertrauen verschwindet, wenn wir nicht mit den notwendigen Energie für Ordnung sorgen. Die Gefahr einer Gegenrevolution wird herausbeschwiegen, wenn die Regierung nicht alle Mittel ergriff, um dem Unrat der gewalttätigen Radikalester, die in Berlin ihr Wesen treiben, ein Ende zu bereiten.

Am besten wäre es, wenn weitere größere Debatten auf der Tagung vermieden würden. Es liegt ein Antrag des Genossen Max Cohn vor, der die Festlegung des Termins zur Nationalversammlung auf den 19. Januar verlangt. Mit diesen Antrag ist sicher eine große Mehrheit vorhanden. Es wäre wohlfreudig am zweckmäßigsten, wenn der Kongress, ohne viel zu reden, den Vorschlag annähme, bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung der Regierung weitgehende Vollmachten erteilt, und dann recht schnell auszutauschen. Die Mehrheit des deutschen Volkes würde dem Kongress sehr dankbar sein, wenn er in dieser Weise zu Prozeß mache.

Berlin, 18. Dezember. Der Kongress tagt, so schreibt der Vorwärts, seit zwei Tagen in Berlin. Hat er die Macht oder hat er sie nicht? Leider scheint es, als hätte er nicht einmal mehr die Macht, seine Geschäfte ungestört zu erledigen und seine Tagesordnung selbst zu bestimmen. Wenn Leibebour durch Schimpfer gegen Ebert neun Jährtel des Kongresses zur Empörung treibt, wenn Barth Angelegenheiten, die im Kabinett noch gar nicht erledigt sind, ohne Rücksprache mit seinen Kollegen

in die Debatte hinzuschafft, um sie in zündendes Feuer gegen seine Kollegen anzuspitzen, so wie man das als ernste Zwischenfälle einer wilden vor dem Zeit blanchiert. Was soll man aber tun, wenn eine Schar Soldaten, die sich mit Gewalt oder Unrecht als Vertreter ihrer Kameraden vorstellen, von der Strafe in den Saal bringt, Anteil stellt und verlangt, diese Käuze sofort zu entbinden? Was soll diese Welle dann nicht verhindern werden. Die Regie einer kleinen Gruppe ist am Werk, Deutschland in ein Tollhaus zu verwandeln. Es muß offen ausgesprochen werden, es besteht die Gefahr, daß der ganze Regierungskörper sich aufsetzt, die Waffenstillstand- und Friedensverhandlungen abgebrochen werden, weil eine verhandlungsfähige deutsche Regierung nicht da ist, und daß ganz Deutschland von Untergang droht. Nur um dies zu verhindern, hält die Sozialdemokratie in der Regierung aus. Die Regierung kann aber nur dann weiter antreten, wenn sich eine starke gesetzliche Mehrheit des Kongresses hinter sie stellt. Es muß der Termin zu den Wahlen der Nationalversammlung in unbekannter Weise festgesetzt und es muß der neue Centralrat gewählt werden, der den Vollzug rat zu erlassen hat.

### Die Reichskonferenz.

Berlin, 17. Dezember. Vorliegender Bericht ist mit, daß ich in der Verhandlung eine demokratische Tradition gebildet habe. Die Aussprache über den Bericht des Vollzugsrates und den Volksaufständen wird fortgesetzt.

Germann Müller: Im Vollzugsrate ist viel zu viel über Rechtsabschaffungen gesprochen worden, nicht aber über die großen politischen Fragen. So ist zum Beispiel die Frage der Nationalversammlung noch immer nicht im Vollzugsrate erledigt.

Möge (Augsburg): Rechtsschutz hat in der Provinz herzlich wenig Aufgang. Die deutsche Republik kann nur bestehen, wenn sie sich auf breite Massen stützt. Das Auftreten der Sozialdemokratie fördert den Partizipationsgeist und bringt Berlin als Reichshauptstadt in Gefahr.

Ein Antrag auf Beleidigung der Entwicklung der Gegenrevolution ist eingegangen.

Pöhl: Die Darstellung, es handle sich nur um die ordnungsmäßige Abschaffung der Truppen in die Heimat, ist ungünstig. In unzähligen Orten im Westen sind von ihnen die sozialdemokratischen Ausweichungen beginnen, was ihnen die Ruhmlosigkeit verschafft. Was sollen die Truppenzusammensetzungen im Westen bedeuten? Man will den Zeitpunkt einer gegenrevolutionären Eingreifung nur abwarten. Auch anderwärts zeigen sich gleiche Tendenzen. Unter Antrag ist vorbereitig: Festlegung der Generale, Auslösung des Kabinetts, Bildung einer Roten Garde zum Schutze der Revolution.

Wiemann (Vollzugsrat): Es steht fest, daß von den Käuzen planmäßig gegen die Revolution im Lande gearbeitet wird. In Südwürttemberg wurde zur Tötung Viehnechts aufgejagt,